

Karl-Heinz Reuband

Die Friedensbewegung nach Stationierungsbeginn: Soziale Unterstützung in der Bevölkerung als Handlungspotential

1. Ist die Friedensbewegung am Ende?

Die Friedensbewegung scheint in der Bevölkerung an Rückhalt zu verlieren. Die großen Massendemonstrationen, die vor Stationierungsbeginn Hunderttausende von Menschen auf die Straßen brachten, sind verblaßt und scheinen kaum mehr wiederholbar. Bereits ein Jahr nach Stationierungsbeginn zeichnete sich diese Entwicklung überdeutlich ab. Als im Herbst 1984 breite Proteste gegen die Stationierung der neuen Raketen veranstaltet werden sollten, gaben sich die Veranstalter optimistisch: Manöverbehinderungen und Menschenketten sollen in Hessen die weiterhin andauernde Ablehnung der Nachrüstung symbolisieren. Schon bald mußte man die hochfliegenden Pläne zurückstutzen: die Menschenkette wurde gekürzt, um sie überhaupt noch zustande bringen zu können. Die Hoffnungen der Organisatoren richteten sich nun auf eine Menschenkette in Nordrhein-Westfalen und eine Großdemonstration in Bonn als neues Zeichen des breiten Protestes. In der Tat gelang es, die Menschenkette aufzustellen. Vollständig geschlossen werden konnte sie, die 210 km zwischen Duisburg und Hasselbach umspannen sollte, jedoch nicht. Zu der bundesweiten Großkundgebung in Bonn wenige Tage später kamen zudem weniger Menschen als erwartet.¹ Diese Entwicklung scheint sich auch in der Folgezeit fortgesetzt zu haben: bei den Ostermärschen 1985 vermochte zwar die Friedensbewegung Tausende von Menschen zu mobilisieren – an den Erfolgen des Vorjahres gemessen war es ein Rückgang in der Teilnehmerzahl. Mehr denn je klafften die Angaben der Veranstalter und die der Polizei über die Teilnehmerzahl auseinander.²

Nicht nur auf der Ebene der Großveranstaltungen sind die Schwierigkeiten der Friedensbewegung größer geworden. Auch auf der Ebene der lokalen Friedensinitiativen nehmen die Probleme z. T. zu. Man ist kaum mehr in der Lage, neue Mitglieder zu rekrutieren; das Interesse der Bevölkerung scheint gesunken. Die oft ohnehin schwache personelle Besetzung³ führt – sobald einige Teilnehmer fortbleiben – zur Schrumpfung auf einen mitunter kaum noch handlungsfähigen

Kreis. Krisenerscheinungen, hier und da gar Zerfall, machen sich bemerkbar. Die Meinungsverhältnisse in der Bevölkerung, mutmaßen nicht wenige Autoren, haben sich eben grundlegend gewandelt: Man kann den Optimismus noch gar nicht verstehen, schrieb Elisabeth Noelle-Neumann zur Jahreswende 1984/85. Eben noch hätten alle von Angst, Betroffenheit und Verzweiflung gesprochen; nun sähen die Bundesbürger hoffnungsfroher in das nächste Jahr als noch vor einem Jahr.⁴ Und damit nicht genug: Inzwischen würde wieder eine Mehrheit meinen, die Verhältnisse in der Bundesrepublik seien keinen Anlaß zur Beunruhigung. Selbst die Kriegsangst ist gesunken.⁵ »Die lähmende Angstpsychose, die noch im letzten Jahr weithin vorherrschte«, urteilt Hans Joachim Veen, »scheint nach dem Beginn der Nachrüstung im Dezember 1983 gewichen zu sein.«⁶

Doch wie sehr ist dieser Eindruck berechtigt? Wie sehr hat innerhalb der Bevölkerung das Potential an Nachrüstungsgegnerschaft und Nachrüstungsprotest abgenommen? Aktionen sind ein schlechtes Abbild für die Verbreitung von Einstellungen in der Bevölkerung. Steigende oder sinkende Teilnehmerzahlen bei Protestveranstaltungen können sowohl Ausdruck einer veränderten Anhängerschaft als auch unterschiedlicher Mobilisierungserfolge sein. Bestimmte Formen des Protests finden eher Billigung als andere. Manöverbehinderungen sind nicht jedermanns Sache. Menschenketten stellen höhere Anforderungen als Demonstrationen, sowohl organisatorisch als auch auf der Ebene der Teilnehmer, wenn sie sich über Hunderte von Kilometern hinziehen soll. Man kann sie nicht ohne größere Vorbereitung, gewissermaßen aus dem Stand heraus perfekt herstellen. An mehreren Veranstaltungen am gleichen Tage teilzunehmen – wie etwa im Herbst 1984 mit einer Menschenkette vor Ort und wenige Stunden später einer Großveranstaltung in Bonn –, kommt einer Überforderung gleich.⁷ Und schließlich, als wohl wichtigster Faktor: die bisherigen Proteste und Protestformen haben

1 Zu den Herbstaktionen der Bewegung, den Erwartungen und Realitäten und ihren Deutungen innerhalb des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23.10.84, S. 5; Frankfurter Rundschau vom 22.10.84, S. 1; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 4.11.84, S. 1.

2 Kölner Stadt-Anzeiger vom 9.4.85, S. 5.

3. Wo man sich nur auf wenige Aktive stützen kann – wie wohl in den meisten Friedensinitiativen – kann bei Wegfall einiger Leute bereits eine gewisse Demoralisierung eintreten. Wo man etwa nur 10 Aktive hat und die Resonanz in der Öffentlichkeit bei entsprechenden Mobilisierungsversuchen ausbleibt, mag ein Rückgang in der Mitgliederzahl das Gefühl des Zerfalls und der Sinnlosigkeit des eigenen Tuns bewirken. Zu den Problemen einer im ländlichen Raum angesiedelten Friedensinitiative, die mit Abstrichen wohl auch für städtische Friedensinitiativen gelten, vgl. Frankfurter Rundschau vom 5.1.85, S. 12.

4 E. Noelle Neumann: Man kann den Optimismus noch gar nicht verstehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.12.84, S. 6.

5 E. Martin: Wende in den Köpfen, in: DIE ZEIT, Nr. 3 vom 11.1.85, S. 21. Zum Rückgang der Kriegsfurcht vgl. EMNID: EMNID-Informationen 2/1984; Eurobarometer, 22, 1984.

6 H.J. Veen: Mit den Risiken wächst die Zuversicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.5.85, S. 9.

7 Zur Bewertung unterschiedlicher Formen des Nachrüstungsprotests vgl. K.H. Reuband: Die Friedensbewegung vor und nach den »Aktionswochen« im Herbst 1983, in: Vorgänge, Nr. 67, 1984, S. 21; allgemein zur Akzeptanz verschiedener Protestformen vgl. S. Barnes, M. Kaase et al.: Political Action. Beverly Hills und London 1979. Problematisch an den Aktionen im Herbst 1984 war nicht zuletzt, daß man sich in der Vielzahl der Aktionen übernommen hatte. Mehrere Demonstrationen in einer Woche – etwa zwei in Bonn im Abstand weniger Tage und mehrere Aktionen an einem Tag – müssen zu einer Zersplitterung des Protests führen. Viele, die z. B. an der Menschenkette in Köln beteiligt waren, zogen es – trotz der Kürze der Entfernung – vor, nicht anschließend auch noch nach Bonn zur Demonstration zu fahren.

eine Stationierung nicht zu verhindern vermocht. Der Glaube an Wirkung durch bloße Wiederholung dürfte gesunken sein. Wer von der Wirksamkeit bestimmter Mittel nicht überzeugt ist, wird sie nicht praktizieren.⁸ So macht sich denn eine gewisse Ratlosigkeit breit über die Mittel, die am ehesten zur Erreichung der eigenen Ziele eingesetzt werden könnten.

Will man erfassen, welche Orientierungen in der Bevölkerung existieren, so bedarf es eines Rekurses auf Einstellungen statt vollzogener Teilnahme an Aktionen. Und diese Orientierungen müssen *spezifisch* auf die Nachrüstung und Friedensbewegung bezogen sein. Die allgemeine Angst und Kriegsfurcht als Indikator dafür zu nehmen, wie allzu oft in der Literatur geschehen, ist wenig sinnvoll. Nicht nur, daß die dahinterstehenden Gleichsetzungen und Ursachenzuschreibungen unrealistisch sind – etwa die Gleichsetzung der Nachrüstungsangst mit allgemeiner Zukunftsangst oder apokalyptischer Kriegsfurcht –, auch die zusätzlichen, bedeutsameren Einflußfaktoren auf die Zukunftsangst werden aus der Betrachtung künstlich ausgeblendet.⁹

Im folgenden wollen wir eine Bestandsaufnahme der Einstellung zur Nachrüstung und zur Friedensbewegung *nach* Stationierungsbeginn vornehmen. Wir interessieren uns dabei weniger für den engeren, organisierten Kreis der Friedensbewegung – die Koordinationsausschüsse auf bundesweiter oder lokaler Ebene oder die Friedensinitiativen –, uns interessiert vielmehr der Rückhalt der Bewegung in der Bevölkerung. Schließlich hat eine Bewegung keine formal abgegrenzte Mitgliedschaft. Viele werden erst in dem Moment Teil der Bewegung, in dem sie sich an Aktionen beteiligen. Das Sympathisantenpotential in der Bevölkerung stellt die Rekrutierungsbasis dar, welche entscheidend mit über den Verlauf einer Bewegung mitbestimmt. Solange es konstant bleibt, bleiben prinzipiell die Voraussetzungen für Mobilisierungsmöglichkeiten bestehen. Zugleich sind damit Rahmenbedingungen gegeben, die sich auch in anderen Formen politischer Partizipation – etwa bei Wahlen – umzusetzen vermögen. Welche Entwicklung eine Bewegung einschlägt, wird neben bewegungsspezifischen Determinanten von ihrer allgemeinen Stützung in der Bevölkerung mit abhängen.¹⁰ Bevölkerungsumfragen, repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik, dienen uns als Grundlage der Analyse.

2. Wahrgenommene Folgen der Stationierung

Der Motor einer Bewegung und von Protest liegt in den Konsequenzen einer Entscheidung, die es zu verhindern bzw. zu revidieren gilt. Je negativer die Konsequenzen eingeschätzt werden, desto größer der Unmut und die Bereitschaft zum Engagement. Je mehr der erwarteten negativen Konsequenzen ausbleiben, desto weniger ausgeprägt die Motivation zum Protest und desto größer die Krise der Bewegung. Von diesem Hintergrund her stellt sich als erstes die Frage nach den wahrgenommenen Auswirkungen der Stationierung. An ihnen entscheidet sich, welche Ereignisse wie bewertet werden. In den Kommentaren zur Entwicklung der Friedensbewegung wird als entscheidendes Antriebsmoment vor allem die Kriegsangst hervorgehoben. Angst vor der Stationierung wird mit Weltkriegsangst gleichgesetzt und die Stationierungsfolgen daran auch beurteilt: Die »wegen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen an die Wand gemalte Apokalypse ist nicht eingetroffen.«¹¹ »Kaum noch jemand scheint an die Gefahr eines kybernetisch ausgelösten Atomkrieges zu glauben, die noch im Herbst 1983 vielen Demonstranten so unmittelbar schien.«¹²

Folgt man Umfragen vom Herbst 1983, kurz vor Stationierungsbeginn, so ist Weltkriegsangst indes nur eine von mehreren Sorgen, die an die Aufstellung der Mittelstreckenraketen geknüpft werden. Und sie scheint zudem nicht einmal die wichtigste zu sein. Daß ein Weltkrieg dadurch wahrscheinlicher würde, glaubten im September/Oktober lediglich 35 %. Daß die Beziehungen zwischen Ost und West schlechter werden, aber glaubten 72 %, und eine Verschlechterung speziell zwischen der Bundesrepublik und der DDR vermuteten 65 %.¹³ Das aber heißt: Der Wandel kann gar nicht so dramatisch ausfallen, wie manche Beobachter vermuten. Das Ausbleiben der nuklearen Apokalypse ist kein Garant für Schwächung der Friedensbewegung. Entscheidender sind die Veränderungen der Ost-West-Beziehung.

Über annähernd vergleichbare Fragen zu den wahrgenommenen Stationierungsfolgen verfügen wir für den Herbst 1983 und den Herbst 1984. Dabei wird in der ersten Erhebung auf die Gefährdung/Erhöhung der Sicherheit abgestellt, in der zweiten Erhebung mehr auf die *allgemeinen* positiven und negativen Folgen. Die angezielte Dimension ist damit in der zweiten Erhebung etwas breiter angelegt. Die Chance, negative Konsequenzen zu nennen, steigt – rein methodenbedingt – an. Wenn gleichwohl die Nennung negativer Zahlen konstant bleibt oder sinkt, deutet das eine Relativierung einstmals bestehender Sicherheitsängste an. Wie man *Tabelle 1* entnehmen kann, hat vor Stationierungsbeginn rund die Hälfte der Bundesbürger mit einer Gefährdung der Bundesrepublik gerechnet, lediglich 17 % mit einer Erhöhung der Sicherheit. Rund ein Jahr später ist der Anteil derer, die einen Schaden zu erkennen vermeinen, auf 36 % geschrumpft. Der Anteil mit positiver Wertung ist mit 16 % gleichgeblieben. Ganz offensichtlich hat die Stationierung die Bundesbürger nicht von ei-

8 Zur eingeschätzten Wirksamkeit des Protests als Determinante des Handelns vgl. S. Barnes, M. Kaase et al., a.a.O. (Anm. 7).

9 Der von E. Noelle-Neumann so sehr beschworene Optimismus gegen Ende des Jahre 1984 dürfte in starkem Maße durch den zu dieser Zeit wachsenden Wirtschaftsoptimismus geprägt sein. Abgesehen davon ist der Zusammenhang zwischen Nachrüstungsprotest und Zukunftsangst komplexer, als gewöhnlich in der Literatur unterstellt wird. Dazu siehe K.H. Reuband: Die Angst der Deutschen – Mythos oder Realität. Manuskript. Köln 1985 (erscheint demnächst).

10 Zur Bedeutsamkeit des Rekrutierungsfeldes für soziale Bewegungen siehe z. B. M.N. Zald und R. Ash: Organisationsformen sozialer Bewegungen: Wachstum, Zerfall und Wandel, in: W.R. Heinz und P. Schöber, Hg., Theorien kollektiven Verhaltens. Bd. 2. Darmstadt und Neuwied 1972, S. 7–44. Zu einer neueren Darstellung von sozialen Bewegungen und ihren Problemen vgl. J. Freeman, Hg., Social movements of the sixties and seventies. New York und London 1983.

11 G.P. Hefly: Eine Bewegung zerfällt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.10.84, S. 1.

12 M. Schwellen: Binnen Stunden wäre alles zerstört, in: DIE ZEIT, NR. 41, vom 5.10.85, S. 26.

13 DER STERN vom 20.10.83, S. 73.

Tabelle 1 Wahrgenommene Folgen der Nachrüstung (in Prozent)

	1983 Aug./Sept. (1)	1984 November (2)
Schaden	50	36
Nutzen	17	16
Unentschieden/ Weder-noch/Keine Angaben	33	48
	100	100

Frageformulierungen: (1) »Wird Ihrer Meinung nach durch die Aufstellung der neuen Raketen die Sicherheit der Bundesrepublik vergrößert, oder wird eher die Bedrohung größer?« »Bleibt gleich« (19%), »Weiß nicht« (14%) und »Keine Angabe (1%) sind in der Kategorie »Unentschieden« zusammengefaßt. *Basis:* Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahren. N = 2096 Befragte. EMNID Institut, 25.8.-8.9.1983. *Quelle:* Eigene Erhebung. (2) »Vor einem Jahr wurden die ersten amerikanischen Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik stationiert. Glauben Sie jetzt, ein Jahr danach, daß diese Entscheidung der Bundesrepublik genützt oder geschadet hat?« Die mittlere Kategorie »Bleibt gleich« bzw. »Weder noch« wurde jeweils dem Befragten nicht vorgelesen, aber im Fragebogen als legitime Kategorie aufgeführt. In der 1983er Erhebung wurde zudem »Weiß nicht« als legitime Kategorie im Fragebogen aufgeführt. Die Kategorien sind in der Tabelle zusammengefaßt. *Basis:* Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahren. N = 916 Befragte. EMNID Institut, 8.11.-18.11.1984 *Quelle:* Umfrage für die Sendereihe des WDR, III. Programm, »Thema des Monats«.

nem Nutzen überzeugen können.¹⁴ Aber auch der Schaden scheint weniger offenkundig. Die Befragten optieren vermehrt für eine dritte Antwortposition: sie meinen, es wäre alles beim alten geblieben, oder bekennen, dazu keine genaueren Aussagen treffen zu können. Das Ausbleiben sich verschärfender Ost-West-Spannungen, zumal zwischen der Bundesrepublik und der DDR, mag dieser Neubewertung Auftrieb gegeben haben.

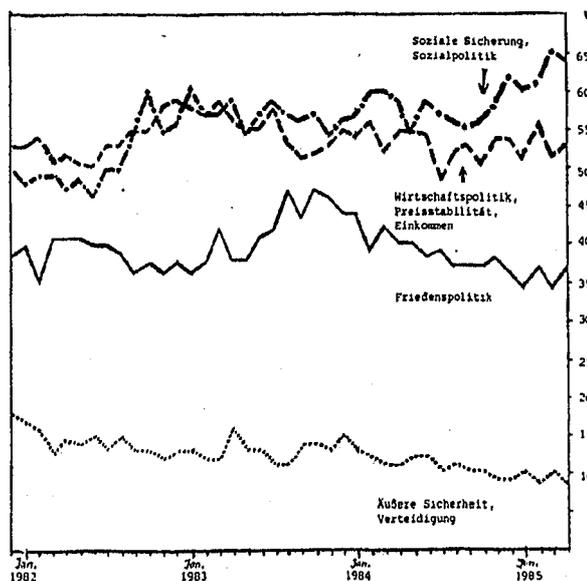
Nicht wenige der Autoren, die eine schwindende Angst der Deutschen behaupten, sehen damit auch den Rückgang der Nachrüstungsgegnerschaft vorprogrammiert: sei es, daß sie diese auf ein generalisiertes diffuses Gefühl der Angst zurückführen – als eine Art Projektionsfläche, die diffuses Unbehagen zu einem konkreten Programm bündelt –, sei es, daß sie Nachrüstungsgegnerschaft mit apokalyptischer Kriegsangst gleichsetzen. Beide Schlußfolgerungen gehen an der Wirklichkeit vorbei. Anhänger der Friedensbewegung zeichnen sich nicht durch allgemein größere, sondern primär durch kriegs- und rüstungsspezifische Ängste aus. Und ihre Kriegsangst ist keineswegs apokalyptisch, sondern gemäßigt. Daß die Angst vor einem Weltkrieg sinkt, ist zudem kein neueres Phänomen. Die Kriegsangst hat sich vielmehr bereits seit 1980 – lange vor Stationierungsbeginn – Jahr für Jahr reduziert (der Höhepunkt war 1980 und wurde durch die Afghanistan-Invasion ausgelöst). Gleichzeitig aber hat die Angst vor einer Stationierung neuer Raketen zugenommen. *Beiden* Supermächten – und nicht mehr allein der UdSSR – wird zunehmend eine Bedrohung des Friedens zugeschrieben. Ganz offensichtlich verbergen sich mehrere Dimensionen der Angst hinter dem globalen Konzept der Weltkriegsangst, und sie mögen einen durchaus unterschiedlichen Weg einschlagen: die Angst vor einem von Osten initiierten Krieg und die Angst vor einem von Westen oder einem mehr zufälligen, aus einem Konflikt heraus entstehenden Konfliktfall. Die Angst vor dem Osten

¹⁴ Ähnlich geringe Zahlen für Stützung der offiziellen Nachrüstungsposition finden sich in anderen Erhebungen, vgl. die Bestandsaufnahme bei K.H. Reuband: Ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen? in: W.R. Vogt, Hg., *Militär als Gegenkultur?* Bd. 1. Leverkusen 1985 (im Druck).

mag mit dem Verblässen der Afghanistan-Invasion gesunken sein. Andere Formen der Angst mögen sehr wohl an Bedeutung gewonnen haben, jedoch von anderen rückläufigen Trends überdeckt sein.¹⁵ Um etwas über den Zusammenhang zwischen Stationierung und Kriegsangst aussagen zu können, müßte man die Kriegsangst differenzierter erfassen und auswerten. Entsprechende Daten liegen dazu nicht vor.

Von einem Rückhalt der Stationierung in der Bevölkerung ist man ein Jahr nach Stationierungsbeginn nach wie vor weit entfernt. Bemerkenswerterweise ist selbst unter den Anhängern der Regierungsparteien die Zahl derer, die in der Stationierung einen Nutzen zu erkennen vermögen, in der Minderheit. Unter den CDU/CSU-Wählern vertraten im November 1984 nur 30 % diese Meinung, 19 % sahen negative Folgen, 52 % weder positive noch negative Konsequenzen. Unter den Anhängern der FDP, SPD und den Grünen ist der Anteil der Aufgeschlossenen noch geringer: Jeweils mehr Menschen glauben an negative als an positive Folgen. Das gleiche Muster tut sich auf, wenn man nach soziodemographischen Kategorien unterteilt. Es trifft für Befragte mit höherer Bildung ebenso zu wie für Befragte mit niedrigerer Bildung, für Jüngere ebenso wie für Ältere.¹⁶

Abbildung: Wirtschaftsfragen, Friedenspolitik und Verteidigung als wichtigste politische Aufgabe (in Prozent)



Frageformulierung: »Hier auf dieser Karte stehen einige politische Aufgabenbereiche. Welche drei davon halten Sie persönlich für die wichtigsten?« Aufgeführt sind von uns hier nur einige ausgewählte Bereiche. *Basis:* Bevölkerung der Bundesrepublik ohne West-Berlin ab 18 Jahre. infas. Monatlich jeweils rd. 2000 Fälle. *Quelle:* Umfragen des infas Instituts.

¹⁵ 1980 meinten lediglich 38 % der Bundesbürger, die USA und die UdSSR wären ein Land, das sich in die inneren Angelegenheiten kleinerer Länder einmische, 1983 sind es 61 %. 1980 erblickten 14 % in der UdSSR und den USA eine mögliche Gefährdung des Weltfriedens, 1983 34 %. Das Image der beiden Supermächte gleicht sich damit seit 1981 – zu Lasten der USA – immer mehr an. Vgl. SINUS: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. München 1983, S. 11 ff. Daß die Angst vor negativen Stationierungsfolgen einer Gefährdung durch die neuen Mittelstreckenraketen und die allgemeine Kriegsangst nicht identisch sind, zeigt sich zudem an dem konträren Verlauf zu Beginn der 80er Jahre. Vgl. K.H. Reuband: Die Angst der Deutschen (Anm. 9).

¹⁶ Unveröffentlichte Tabellen aus einer Umfrage des EMNID Instituts für die Sendereihe des WDR »Thema des Monats« vom November 1984.

Bleiben die erwarteten negativen Konsequenzen aus, wird der Schaden weniger schwer eingestuft als zunächst befürchtet, so muß sich langfristig die subjektive Bedeutsamkeit des Themas reduzieren. In der Tat läßt sich zeigen, daß innerhalb der Prioritätenliste der Bundesbürger die »Friedenspolitik« seit Stationierungsbeginn an Bedeutung verliert (siehe *Abbildung*). »Friedenspolitik« ist zwar nicht identisch mit der Nachrüstungsfrage, doch spiegelt sie – zumal in Kontrast zum Aufgabenbereich »Äußere Sicherheit, Verteidigung« – die Bedeutung entspannungspolitischer, abrüstungsbezogener Zielsetzungen wider. Am wichtigsten gelten Fragen wirtschaftlicher Art. Sie dominieren die Prioritätenliste mit Werten zwischen 50 % und 65 %. Die Friedenspolitik als staatlicher Aufgabenbereich folgt an nächster Stelle. Seit November/Dezember 1983 wird sie immer seltener zu den drei Aufgaben gezählt, die persönlich als besonders wichtig eingestuft werden: lag die entsprechende Quote im Oktober 1983 bei 47 %, so beläuft sie sich im Sommer 1984 nur noch auf 39 %. Seitdem hat sich dieser Wert auf einem Niveau um 36–38 % eingependelt und gilt so bis in das Jahr 1985 hinein.¹⁷ Das mag zunächst als Bestätigung der These scheinen, die Stationierung hätte eine Schwächung der Nachrüstungsopposition bewirkt. Doch ist diese Deutung unrealistisch. Der Aufgabenbereich »Äußere Sicherheit, Verteidigung« gewinnt keineswegs an Bedeutung. Und bei einem Zeitvergleich erweist sich die subjektive Bedeutsamkeit der »Friedenspolitik« zudem als weniger stark verändert als es auf den ersten Blick scheinen mag. Ähnliche Werte galten z. B. das ganze Jahr 1982 hindurch. Und zu dieser Zeit waren die Proteste gegen die Nachrüstung bereits groß (frühere Zahlen liegen nicht vor). In der zweiten Großdemonstration vom Juni 1982 wurden mehr Menschen mobilisiert als noch ein halbes Jahr davor. Die eigentliche Steigerung ist auf den Herbst 1983 – vermutlich unter dem Einfluß der Anti-Nachrüstungskampagne – konzentriert. Damit ist der gegenwärtige Wert nicht als Folge eines langfristigen Abwärtstrends, sondern lediglich als Wiederherstellung des einst vorherrschenden Niveaus zu deuten. Das Friedensthema ist in der Liste wichtiger Aufgabenbereiche, die staatlicher Betreuung bedürfen, keineswegs verschwunden.

3. Die Einstellung zur Nachrüstung und ihre Folgen

Skepsis gegenüber dem Sinn und Nutzen einer Stationierung ist eine Voraussetzung für Nachrüstungsgegnerschaft. Doch wie breit ist die Zahl der Bundesbürger, welche eine Stationierung mit Mittelstreckenraketen ablehnen? Wohl selten waren die Verwirrungen, selbst auf der Basis repräsentativer Umfragen größer als gerade in der Zeit vor Stationierungsbeginn. Einer Zahl von drei Viertel für Verhandeln statt Stationierung standen Umfragen entgegen, in denen sich eine Mehrheit für den Nato-Doppelbeschluß ausspricht. Die Bundesbürger, so könnte es in offiziellen Verlautbarungen, ständen hinter der bisherigen Sicherheitspolitik. Die Nachrüstungsgegner wären eine bloße Minderheit. Die Bevölkerung sei standhaft geblieben, heißt es in mehreren Publikationen von Elisabeth Noel-

le-Neumann. Die Mehrheit der Bürger würden unverändert für den Nato-Doppelbeschluß plädieren.¹⁸ Die Gründe für die beobachtete Diskrepanz zwischen den Umfragen sind in den Akzenten zu suchen, die mit der jeweiligen Frage verbunden sind. Das Thema ist zwar das gleiche, die erfragte Dimension eine andere. Ob man Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Stationierung vorzieht oder ob man für den Nato-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen – Aufrüsten und Verhandeln – plädiert, ist nun einmal etwas anderes als die Frage, wie man zur Stationierung gemäß Stationierungsfahrplan steht. Verhandlungen werden einer sofortigen Stationierung vorgezogen, und den *Doppelbeschluß* werden viele allein deswegen bejahen, weil sie vor allem den Verhandlungsteil als sinnvolle Ergänzung erachten. Dies wird um so mehr der Fall sein, als der Verhandlungsaspekt immer wieder von Regierungsseite als speziell deutscher Beitrag hervorgehoben wurde. Fragt man auf den Stationierungsteil des Doppelbeschlusses hin und läßt den Verhandlungsteil als getrennten Aspekt heraus, so kommt man in allen verfügbaren Umfragen auf eine Mehrheit der Bürger als Nachrüstungsgegner. Und dies ist, wie eine bis dahin unveröffentlichte Umfrageserie des Instituts für Demoskopie belegt, keineswegs ein neues Phänomen. Es zeichnet sich bereits kurz nach Verkündung des Doppelbeschlusses ab.¹⁹ Verzichtet man auf spezifische Terminologie, spricht von atomaren Mittelstreckenraketen statt von Pershing II oder Cruise Missiles und macht den Bezug zur Bundesrepublik klar, so kommt man auf zwei Drittel Nachrüstungsgegnerschaft vor Stationierungsbeginn. Es ist für viele eine mehr generelle Stimmung als durch hinreichende Informationen abgestützte Haltung. Nachrüstungsgegnerschaft als Ausdruck von Ignoranz zu deuten, wäre gleichwohl verfehlt: Auch die Nachrustungsbefürworter unterscheiden sich darin in nichts von ihnen. Das Meinungsverhältnis bleibt auch dann bestehen, wenn man das Ausmaß politischer Informiertheit und politischen Interesses mitberücksichtigt.²⁰

17 Da nur drei Aufgabenbereiche ausgewählt werden dürfen, hängt die zugewiesene Priorität auch von den konkurrierenden Themenbereichen ab. Es handelt sich mithin um eine *relative* Rangordnung – relativ zu der anderer Themen.

18 E. Noelle-Neumann: Drei Viertel gegen die Raketenstationierung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.9.1983, S. 11. Von offizieller Seite wurden die Nachrustungsbefürworter zur Mehrheit deklariert und mit dieser Darstellung u. a. versucht, die Medienberichterstattung über die Friedensbewegung zu unterdrücken. Man solle mehr über die Mehrheit und weniger über die Minderheit bringen, vgl. z. B. entsprechende Äußerungen von Verteidigungsminister Wörner zit. in DIE WELT vom 24.9.1983, S. 8.

19 Institut für Demoskopie: Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik. Allensbach 1982. Unveröffentlichter Bericht für das Bundespresseamt. Die Zahlen finden sich abgedruckt inzwischen bei P. Klein: Minderheitenprotest oder Volksbewegung?, in: W.R. Vogt, Hg., Streitfall Frieden. Heidelberg 1984, S. 193. Nach Abschluß der großen Demonstrationen der Friedensbewegung im Herbst 1983, gesteht E. Noelle-Neumann in einem Interview mit der Zeitschrift QUICK schließlich selbst ein, daß Nachrustungsgegner eine absolute Mehrheit ausmachen und beziffert ihren Anteil auf 50–60 %. Vgl. QUICK Nr. 47, 1983, S. 42.

20 Eine umfassende Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung methodischer Kriterien bei K.H. Reuband: Demoskopische Verwirrungen in der Nachrustungsfrage, in: Vorgänge, Nr. 66, 1983, 64–80. Dort auch eine nähere Auseinandersetzung mit der Umfrage des Verteidigungsministeriums, derzufolge die Mehrheit der Bundesbürger für die Nachrustung ist. Zur Frage der Informiertheit und Einstellungsinconsistenz siehe K.H. Reuband: Informiertheit in sicherheitspolitischen Fragen. Das Beispiel »Nachrustung«. Erscheint in: R. Steinweg, Red. Kriegsursachen. Frankfurt 1986.

Seit Beginn der Raketenstationierung hat in der öffentlichen Diskussion das Interesse an Fragen des Nachrüstungsprotests und der Nachrüstungsgegnerschaft nachgelassen und damit ist auch die Zahl der Umfragen zur Nachrüstungsthematik erheblich geringer geworden. Führt das allgemeine Interesse einst zu einer Vielzahl von Erhebungen, so wirkt sich nun die Senkung der Aufmerksamkeitsschwelle zu Lasten weiterer Forschung aus. Weder wird im Rahmen der Auftragsforschung darauf eingegangen noch von Umfrageinstituten aus eigenem Antrieb. Das ist nun freilich keine Besonderheit der Nachrüstungsfrage, sondern generell typisch für Themen, die zeitlich begrenzt diskutiert werden. Infolgedessen kommt es zu »Problemmodezyklen« in der Forschung. Konstanz und Wandel der Phänomene werden unzureichend erfaßt und verstanden. Im vorliegenden Falle kommen Spezifika in den verwendeten Frageformulierungen erschwerend für den Vergleich hinzu: Vor Stationierungsbeginn war es bei vielen Instituten üblich, die Frage nach dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses mit der Frage nach dem Stationierungsteil zu verbinden. Nach Stationierungsbeginn mußte der Verhandlungsteil in der alten Form aus der Frageformulierung notwendigerweise entfallen.

Tabelle 2 Einstellung zur Nachrüstung im Zeitverlauf (in Prozent)

	1983 Aug. (1)	1983 Aug./ Sept. (2)	1983 Nov. (3)	1983 Nov./ Dez. (4)	1984 Jan. (5)	1984 Mai/ Juni (6)
Gegen Stationierung	66	66	62	57	63*	66
Für Stationierung	31	16	37	28	16*	29
Unentschieden, Keine Angabe	3	18	1	15	22*	5
	100	100	100	100	100	100

Die Umfragen beziehen sich jeweils auf die Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 bzw. 18 Jahre. Lediglich die Umfrage vom Januar 1984, deren Angabe mit einem Stern* gekennzeichnet ist, stellt eine Erhebung unter Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren dar.

Frageformulierungen: (1) »Wenn die Verhandlungen in Genf scheitern, sollten dann in der Bundesrepublik neue Mittelstreckenraketen aufgestellt werden oder sollen keine Mittelstreckenraketen aufgestellt werden?« Infratest, *Quelle:* DIE ZEIT Nr. 41 vom 7.10.1983, S. 3. (2) (Nach einer Vorfrage zu den Genfer Verhandlungen) »Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?« Falls Unentschieden: »Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden: Sind Sie dann insgesamt eher für oder eher gegen die Aufstellung neuer Raketen?« Die sich auf diese Nachfrage äussernden Befragten werden den übrigen Befragten mit entsprechenden Positionen zur Nachrüstung zugerechnet. N = 2096 Befragte. EMNID Institut. *Quelle:* Erhebung des Verfassers. (3) »Kommen wir noch einmal auf die Raketenstationierung zu sprechen. Die Demonstrationen und Aktionen der Friedensbewegung dagegen sind vorbei. Wie ist jetzt Ihre Haltung zur Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik? Bitte sagen Sie mir das anhand der folgenden Liste.« EMNID, N = 1019 Befragte. *Quelle:* Umfrage für die Sendereihe des WDR, III. Programm, »Thema des Monats«. In der Tabelle sind die Kategorien nach der jetzigen Haltung zusammengefaßt: »Lehne ich nach wie vor ab« (52 %) mit »Habe ich vorher befürwortet, lehne ich jetzt ab« (10 %) und »Halte ich nach wie vor für richtig« (32 %), mit »Habe ich vorher abgelehnt, halte ich aber jetzt für richtig« (5 %). (4) Wie Frage 2 mit Zusatz »Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerer Zeit in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Abrüstungsfragen statt. Wenn diese Verhandlungen...«. Das Vorgehen bei den Meinungslosen wurde analog gehandhabt. N = 1002 Befragte. EMNID Institut. *Quelle:* Erhebung des Verfassers in Kooperation mit EMNID. (5) »Haben Sie sich in der letzten Zeit für oder gegen die im NATO-Doppelbeschluß bei Scheitern der Verhandlungen vorgesehene

Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik ausgesprochen (z. B. in Diskussionen, Demonstrationen, Aktionen oder ähnlichem)? Antwortkategorien: »Engagiert für Stationierung, eher für Stationierung, war mir egal/weder dafür noch dagegen, eher gegen Stationierung, engagiert gegen Stationierung.« Die positiven und negativen Kategorien sind von uns zusammengefaßt. Psydata Institut, N = 569 Befragte. *Quelle:* H.U. Kohr und H.G. Räder: Generational learning and views on national security. Unveröffentlichtes Manuskript. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München, Mai 1984, S. 39, eigene Zusammenfassungen. (6) »Im Herbst vergangenen Jahres hat die Nato mit der Stationierung neuer atomarer Raketen in der Bundesrepublik begonnen. Wie stehen Sie dazu: Sind Sie eher für oder gegen diese Raketenstationierung?« ifas, N = 1479 Befragte. *Quelle:* ifas, Europawahl 1984. Bonn-Bad Godesberg 1984, S. 135.

In Tabelle 2 haben wir die Umfragen zusammengestellt, die kurz vor und nach Stationierungsbeginn durchgeführt wurden und in etwa gleicher Weise nach dem Stationierungsteil des Doppelbeschlusses fragen. Unterschiede liegen hier vor allem in der Art und Weise, in der mit Meinungslosigkeit umgegangen wird: in einigen wird sie als legitime Antwort akzeptiert. In anderen Fällen wird der Befragte so lange gedrängt, bis er eine Antwort abgegeben hat und die Meinungslosigkeit auf Werte bis max. 5 % sinkt. Das muß für die Ingesamtwerteilung der Antworten Konsequenzen haben. Nach allem, was bisher zum Thema Nachrüstung und Nato-Akzeptanz an Umfragematerial vorliegt, scheint es primär der offiziellen Regierungsposition zugute zu kommen. Die Befragten, unsicher und ohne feste Meinung, versuchen in derartigen Fällen, an der offiziellen, quasi legitimierten Regierungsposition Halt zu finden. Der Anteil der Nachrüstungsbeifürworter steigt unter diesen Bedingungen leicht an.²¹ Vergleiche sind deshalb, strenggenommen, nur zwischen Fragen mit gleicher Behandlung der Meinungslosen möglich. Von einer Ausnahme abgesehen, handelt es sich bei den aufgeführten Umfragen um Studien in der Bevölkerung ab 14 bzw. 18 Jahren. In einem Falle haben wir – mangels entsprechender Daten zur erwachsenen Bevölkerung – die Ergebnisse einer Jugendlichenstichprobe mit dokumentiert. Nachrüstungsgegnerschaft findet sich nach den bisherigen Erfahrungen dort etwas häufiger. Die Unterschiede gegenüber der Gesamtbevölkerung dürften allerdings in der Regel nicht höher als 10 Prozentpunkte betragen.²²

Die in Tabelle 2 aufgeführten Befunde lassen sich in drei Zeitperioden unterteilen: die Periode unmittelbar vor Beginn der Aktionswochen, die Periode danach – aber noch vor Aufstellung der Raketen – und die Periode nach Stationierungsbeginn. In der Periode vor den Herbstaktionen der Friedensbewegung liegt der Anteil der Nachrüstungsgegner bei 2/3 der Bundesbürger, in der Periode kurz danach zwischen 57 % und 62 %: auf 57 % beläuft sich der Wert dabei bei Akzeptanz und auf 62 % bei Nichtakzeptanz der Meinungslosigkeit im Interview. Gemessen an den vorangegangenen Umfragen mit analoger Methodologie entspricht dies einem leichten Rückgang in der Nachrüstungsgegnerschaft. Vermutlich hat sich hier der Abschuß des Jumbos durch die Sowjets am 1. September mit auf das Antwortmuster ausgewirkt, womöglich auch die Be-

21 K.H. Reuband: Demoskopische Verwirrungen (Anm. 20);

K.H. Reuband: Sicherheitspolitischer Konsens (Anm. 14).

22 K.H. Reuband: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: J.W. Falter, C. Fenner und M.Th. Greven, Hg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen 1984, S. 593. Tab. 1 zeigt hier für die unter 19jährigen einen Anteil von Nachrüstungsgegnern von 72 %, unter den über 65jährigen einen Anteil von 61 %.

kräftigung des Doppelbeschlusses durch das Parlament. Dieser Trend wird in der Folgezeit jedoch nicht fortgesetzt. So liegt im Mai/Juni 1984 der Wert mit 66 % auf dem gleichen Niveau wie im August 1983, als mit einer prinzipiell ähnlich konstruierten – wenn auch nicht identisch formulierten – Frage und Antwortkategorisierung operiert wurde.

Die negative Haltung betrifft wieder die Wähler *aller* Parteien. Selbst unter den CDU/CSU-Wählern hat ein beträchtlicher Teil – nämlich rund die Hälfte (48 %) – eine ablehnende Haltung gegenüber der Nachrüstung. Diese Diskrepanz zwischen offizieller und eigener Position wird von deren Wählern auch wahrgenommen. Bei keiner anderen Partei, so zeigte sich bereits im Jahre 1983 in einer Analyse, klaffen Selbsteinstufung und zugeschriebene Parteiposition in der Nachrüstungsfrage derart weit auseinander.²³ Das schafft ein kognitives Spannungspotential, das sich womöglich irgendwann einmal auch in ein entsprechendes Wahlverhalten umsetzt; dann, wenn bei den Staatsaufgaben mit subjektiv hoher Priorität, die mit einer hohen Kompetenzzuweisung an die CDU verbunden sind – wie beim Thema wirtschaftlicher Sicherheit –, die bisherige Kompetenzzuweisung verlorengehe. Unter diesen Umständen müssen die Kompetenz- und Positionszuweisungen entlang der anderen Sachthemen für das Handeln an Bedeutung gewinnen. Sobald die Leistung der Regierungspartei in zentralen Aufgabenbereichen nicht mehr das Unbehagen mit anderen Tätigkeiten zu überlagern vermag, muß die Unzufriedenheit sich mehr denn je auswirken und die eigene Handlung prägen.²⁴

Auf ein gleiches Niveau von Nachrüstungsgegnerschaft wie in den zitierten Umfragen deuten schließlich auch die Ergebnisse der »Volksbefragungskampagne« der Friedensbewegung vom Juni 1984: Rund 58 % der Europawähler an Standorten mit Abstimmungsmöglichkeit nahmen an der Abstimmung der Nachrüstungsgegner teil. Rund 88 % stimmten gegen die Aufstellung der neuen Raketen. Gesetzt den Fall, *alle* Nichtteilnehmer an der Volksbefragung unter den Europawählern wären für die Nachrüstung (was unwahrscheinlich ist), so käme man auf einen Anteil für Nachrüstungsgegnerschaft von 51 % (88 % von 58 % Beteiligung). Daß alle Nichtteilnehmer Nachrüstungsbeefürworter sind, ist andererseits unwahrscheinlich. Die 51 % bilden mithin nur einen Minimalwert, die 88 % unter den abgegebenen Stimmen den Maximalwert. Schätzt man die ungefähre Quote, indem man von beiden Zahlen das Mittel bildet, so kommt man auf zwei Drittel und damit auf eine Angabe, die der aus der Umfrage vom Mai/Juni vergleichbar ist. Die Volksbefragungskampagne dokumentiert damit, entsprechend auf eine Vergleichsgröße bezogen, ebenfalls die nach wie vor bestehende negative Haltung der Bevölkerung zur Nachrüstung.²⁵

23 EMNID: Aktueller Politischer Dienst, Oktober 1983, S. 70 ff.

24 Zur überragenden Bedeutung des Wirtschaftsthemas für die Bundestagswahl 1983 und die Probleme, welche eine Umsetzung der Anti-Nachrüstungshaltung im Wahlverhalten erschwerten, vgl. *K.H. Reuband*: Mehrheitsmeinungen und Wahlentscheidung, in: *Gegenwartskunde*, Heft 3, 1985.

25 Ausführlicher zur Volksbefragung *K.H. Reuband*: Die »Volksbefragungskampagne« der Friedensbewegung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 16, 1985, S. 204–218.

Die Ablehnung der Nachrüstung bleibt nach Stationierungsbeginn bestehen. Und sie scheint das Einstellungsmuster der Bevölkerung auch weiterhin zu prägen. Was sich verändert, ist vor allem die Einstellung zu Abrüstungsfragen und die Einstellung zu den USA. Man ist immer weniger bereit, sich exklusiv an die USA zu binden. Die Veränderung scheint sich schubweise zu vollziehen. Wo sich im Zuge der Auseinandersetzung um die Nato-Nachrüstung die Einstellungen der Bevölkerung verlagerten – etwa zugunsten der einseitigen Abrüstung –, sind die Meinungsbilder seit Herbst 1983 gleichsam eingefroren. Wo aber Positionen bis Herbst 1983 eher unverrückbar schienen und kaum betroffen, zeigte sich 1984 eine Veränderung. »Während niemand hinsieht, verschieben sich die Meinungslager. Gleichsam lautlos driftete 1984 die Bevölkerung der Bundesrepublik weg von der bündnispolitischen Konzeption der Bundesregierung.²⁶ Statt einer Wiederherstellung alter Meinungsverhältnisse kraft »fester Haltung der Bundesregierung«²⁷ scheint der Nachrüstungsbeschuß die negative Grundhaltung eher stabilisiert zu haben. Dabei mag nicht zuletzt auch das sinkende Vertrauen in die Kompetenz der amerikanischen Führungsmacht, vernünftig mit Problemen in der Welt umzugehen, zu dieser Lösung von traditionellen bündnispolitischen Orientierungen beigetragen haben.²⁸ Ob und inwieweit das SDI-Programm dabei einen Verstärkereffekt ausübt, ist ungewiß. Die Haltung der Bundesbürger ist zwar eher negativ, aber die Thematik ist wohl doch zu komplex und hat subjektiv einen zu geringen nationalen Bezug, als daß sie eine ähnliche subjektive Bedeutsamkeit wie die Nachrüstung einnehmen könnte.²⁹ Eine »Wiederbelebung« von Protesten der Friedensbewegung durch das SDI-Programm ist deshalb unwahrscheinlich.

4. Die Einstellung zur Friedensbewegung

Nachrüstungsgegnerschaft ist eine Voraussetzung für Identifikation mit der Friedensbewegung. Aber nicht alle Nachrüstungsgegner stimmen auch mit der Friedensbewegung überein und akzeptieren sie. Für manche Bundesbürger signalisiert sie ein Element von Unruhe und Chaos. Die Träger der Bewegung gelten für sie als unseriös, die eingesetzten Mittel –

26 *E. Noelle-Neumann*: Ein Lehrstück im Kampf um Westeuropa, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.6.1985, S. 12.

27 Derartige Deutungen z. B. bei G. Wagenlehner: Wie anti-amerikanisch ist unsere Jugend; in: *Loyal*, 1985, S. 14. Das Festhalten der Bundesregierung am Nato-Doppelbeschuß, heißt es dort, habe 1984 einen Meinungsumschwung zugunsten des Bündnisses bewirkt.

28 Siehe dazu *K.H. Reuband*: Antiamerikanismus – ein deutsches Problem?, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F)*, vol (3) 1, 1985 S. 46–52.

29 Die Haltung der Bundesbürger zum SDI Programm ist eher negativ als positiv. Daß die Kriegsgefahr dadurch sinken oder gering bleiben würde, glaubten im Februar 1985 19 %, 45 % sahen es als gleich groß an, 34 % glaubten an eine Steigerung. Vgl. *infas*: Report für die Presse Nr. 4 vom 22.2.85. Eine Beteiligung der Bundesrepublik daran wird nach einer Umfrage vom März 1985 von 17 % favorisiert, 60 % lehnen sie ab und 23 % geben keine Meinung dazu ab. Vgl. *infas*: Report für die Presse Nr. 9 vom 4.4.85. Man muß allerdings – mehr noch als im Falle der Nachrüstung – von einem wenig auskristallisierten Einstellungssystem ausgehen. Daß man eine Rüstungsmaßnahme um so eher bereit ist zu akzeptieren, je weniger man davon betroffen ist, das läßt sich indirekt aus Umfragen zur Nachrüstung erschließen. Vgl. *K.H. Reuband*: Demoskopische Verwirrungen (Anm. 20), S. 68 ff.

wie Demonstrationen – als suspekt.³⁰ Angesichts dessen sind die Zahlen für Identifikation mit der Friedensbewegung nicht notwendigerweise mit denen für Nachrüstungseggenschaft identisch. Und angesichts dessen muß eine Stabilität in der Einstellung zur Nachrüstung nicht notwendigerweise auch mit der Stabilität in der Einstellung zur Friedensbewegung einhergehen. Die Einstellung zur Nachrüstung repräsentiert allenfalls das maximale Potential für Personen, die Sympathie für die Ziele der Friedensbewegung entwickeln können.

Über die Einstellung zur Friedensbewegung in der Bevölkerung gibt es verschiedene Umfragen mit jeweils variierender Fragemethodologie. Der Nachteil der meisten Studien liegt in

der Beschränkung auf oft nur ein oder zwei Erhebungszeitpunkte. Langzeitvergleiche sind – zumal über die Zeit nach Stationierungsbeginn hinaus – nicht möglich. Die breiteste und detaillierteste Zeitreihe zur Beurteilung der Bewegung läßt sich aus Umfragen des infas Instituts zusammenstellen. Gefragt wird hier danach, wie man zur Friedensbewegung stände. Die Antwortkategorien reichen von »lehne ich ab, bin dagegen« über »ist mir ziemlich egal« bis hin zur Aussage »bin aktives Mitglied der Friedensbewegung«. Wie man *Tabelle 3* entnehmen kann, läßt sich danach seit Beginn der Erhebungsperiode bis zum letzten verfügbaren Zeitpunkt – Oktober/November 1984 – ein *Überwiegen* positiver Einstellungen nachweisen.

Tabelle 3 Einstellung zur Friedensbewegung im Zeitverlauf (in Prozent)

	1983										1984	
	1.8.– 14.8.	15.8.– 28.8.	29.8.– 11.9.	12.9.– 25.9.	26.9.– 9.10.	10.10.– 23.10.	24.10.– 6.11.	7.11.– 20.11.	21.11.– 4.12.	24.9.– 7.10.	8.10.– 21.10.	22.10.– 4.11.
Lehne ab, bin dagegen	29	27	21	23	23	24	20	22	26	19	22	22
Ist mir ziemlich egal, interessiert nicht	11	16	15	16	16	14	15	15	16	15	14	15
Möchte selbst nicht mitmachen, finde ich aber gut	41	36	42	44	37	40	43	43	43	42	49	50
Bin grundsätzlich bereit, die Forderungen aktiv zu unterstützen	7	6	9	6	9	9	11	9	7	6	6	7
Bin aktives Mitglied der Friedensbewegung	*	1	*	*	1	2	1	2	1	1	*	1
Weiß nicht, Keine Angabe	12	14	13	11	14	11	10	9	7	17	9	5
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Frageformulierung: »Sind Sie bereit, die Friedensbewegung in ihren Forderungen zu unterstützen, oder wie ist Ihre Haltung zur Friedensbewegung?« Basis: Bevölkerung der Bundesrepublik ohne West-Berlin ab 18 Jahre. Jeweils rd. 800–1000 Befragte. Quelle: Unveröffentlichte Tabellen des infas-Instituts. Die Ergebnisse wurden dem Verfasser freundlicherweise von infas zur Verfügung gestellt.

* Unter 0,5 %.

Die Zahl derer, welche die Friedensbewegung gut finden, egal, ob sie sich aktiv darin engagieren oder nicht, macht zusammengenommen jeweils rund die Hälfte der Befragten aus. Nur ein Viertel bis ein Fünftel vertritt eine dezidiert negative Haltung. Würde man diejenigen mit gleichgültiger oder ohne Meinung dazu bringen, doch noch eine Einstufung entlang der Dimension Sympathie/Ablehnung vorzunehmen, so würde sowohl der Anteil der Befürworter wie der Gegner zunehmen. An den Mehrheitsverhältnissen würde das nichts ändern. Man käme für die Zeit um 1983/84 dann auf rund zwei Drittel von Sympathisanten der Friedensbewegung. Insgesamt vermag sich die Bewegung damit auf ein außerordentlich breites Sympathiepotential zu stützen – breiter als das der anderen neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik.³¹

Die Zahl der Bundesbürger, die zur aktiven Unterstützung der Friedensbewegung bereit sind, niedriger liegt als die Zahl der Anhänger und Sympathisanten, ist nicht erstaunlich. Vom Akt der Wahl einmal abgesehen – gehört bewußte und gezielte politische Teilnahme (zumal als Protest gegen die Bundesregierung) nicht zum normalen Handlungsrepertoire und zur Praxis der Bundesbürger. Man würde das gleiche Muster begrenzter Partizipation und Bereitschaft auch bei anderen Themen finden.³² In der hier herangezogenen Umfrage beläuft sich der Anteil derer, welcher die Forderungen der Friedensbewegung aktiv zu unterstützen bereit ist, auf Werte unter 10 % aller Bundesbürger. Die Bewegung *aktiv* zu unterstützen, bedeutet für viele Befragte aber offensichtlich ein eher eingegengtes Verständnis von Unterstützung. Sie mögen an eine besonders intensive und regelmäßige Unterstützung denken. So liegt die Zahl derer, die schon einmal ihre Nachrüstungseggenschaft in Handlung umgesetzt haben, weitaus höher als es diese Zahlen zur aktiven Teilnahmebereitschaft nahelegen: Im Sommer 1983 – noch vor den »großen« »Herbstaktionen« – gaben immerhin 17 % (unter den 16- bis 25jährigen gar 44 %)

³⁰ Zum Image der Friedensbewegung vgl. EMNID Informationen, 11, 1981; Sicherheitspolitik. Bündispolitik und Friedensbewegung. München 1983; K.H. Reuband: Die Friedensbewegung (Anm. 7).

³¹ Zur Akzeptanz der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, gemessen mit verschiedenen Indikatoren, vgl. K.H. Reuband: Sicherheitspolitischer Konsens (Anm. 14). Zur Akzeptanz der verschiedenen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik vgl. E. Müller-Rommelt und N. Watts: Zur elektroalen Verankerung der Anhänger neuer sozialer Bewegungen, in: J.W. Falter, C. Fenner und M.Th. Greven, Hg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen 1984, S. 603 ff.

³² Vgl. dazu S. Barnes, M. Kaase et al., Political Action (Anm. 7).

an, Protest im eigenen Verhalten dokumentiert zu haben (von Plakettentragen bis hin zur Demonstrationsteilnahme).³³

Erfaßt man die Bereitschaft zur Teilnahme an den verschiedenen Möglichkeiten des Protests (vom Plakettentragen wieder bis zum Demonstrieren), so erhält man Mitte 1983 37 % Aktionsbereite. Getrennt für einzelne Protestformen erfragt – z. B. Teilnahme an Unterschriftensammlungen – kommt man auf noch höhere Werte. Selbst eine Teilnahme an Demonstrationen könnten sich zwischen 22 % und 28 % »ziemlich sicher« oder »unter Umständen« vorstellen. Eine aktive Mitarbeit an der Friedensbewegung erscheint für 13 % denkbar.³⁴ Diese Werte mögen sich seitdem verändert haben – wichtig für das Verständnis des Verhältnisses von Sympathie und Handlungspotential ist; die in der Tabelle 3 aufgeführten Angaben zur aktiven Teilnahmebereitschaft stellen keineswegs die Obergrenze des Handlungspotentials dar. Sie repräsentieren eher das untere Ende des Handlungsspektrums. Selbst wenn man sich bei der Analyse auf den engeren Kreis der Nachrüstungsgegner beschränkt, man die bloßen Nachrüstungsgegner ohne Aktionsbereitschaft außer acht läßt, übersteigt das aktionsbereite Protestpotential die Zahl der bloßen Nachrustungsbefürworter und Gegner der Friedensbewegung.

Mögen auch die bekundeten Handlungsabsichten rein verbaler Art sein und sich nicht auf die tatsächliche Praxis beziehen; sie repräsentieren ein *Potential*, das unter Umständen sehr wohl aktiviert werden könnte. Die hohe Teilnahmequote an der »Volksbefragungskampagne« der Friedensbewegung bei der Europawahl 1984 ist ein deutliches Zeichen für diese Aktivierungsmöglichkeiten. Und deutlich sichtbar wird es zugleich an der bemerkenswert hohen organisatorischen Leistung der Bewegung, rund ein Drittel aller Wahllokale in der Bundesrepublik mit einem Abstimmungsstand abzudecken.³⁵

Verfolgt man die Zahlen für Sympathie und Ablehnung in Tabelle 3 über Zeit, so fällt als erstes das außerordentlich konstante Muster auf. Es fehlt zwar nicht an Schwankungen, doch bleiben die Mehrheitsverhältnisse gleich. Von einem Rückgang in der sozialen Stützung der Friedensbewegung ist nach Stationierungsbeginn nichts zu erkennen. Die Werte für Anhängererschaft stimmen gegen Ende 1984 ziemlich genau mit denen vom Herbst 1983 überein, ja, sie scheinen sogar noch etwas positiver zu werden. Die Zahl der expliziten Gegner ist, gemessen am August 1983, sogar geschrumpft: von 27–29 % auf 22 %.³⁶ Ändert sich auch nichts auf der Ebene der globalen

Zustimmung, so bilden sich doch gewisse Schwankungen im Bereich der intensiveren Bejahung ab. Die Zahl derer, welche von sich sagen, sie wären grundsätzlich bereit, die Forderungen der Friedensbewegung *aktiv* zu unterstützen, steigt zu Beginn der »Aktionswochen« im Herbst 1983 (im wesentlichen Anfang September und dann wieder Mitte Oktober) von 6–7 % auf 9–11 % an. Das ist keine dramatische Veränderung, aber sie hält ziemlich konsistent so lange an, wie sich Protest gegen die Aufstellung der neuen Raketen öffentlich präsentiert. Gegen Ende des Jahres 1983 und 1984 liegt der Anteil wieder auf dem Niveau, das er schon zu Beginn der Beobachtungsperiode innehatte.

Zwei Erklärungsmöglichkeiten bieten sich – von eher unwahrscheinlichen Intervieweffekten einmal abgesehen³⁷ – an: (1) Die Aktionen der Friedensbewegung bewirken eine verstärkte Bereitschaft zum Handeln. Diejenigen, die ohnehin eine positive Grundhaltung innehaben, können sich angesichts des friedlichen Verlaufs in vermehrtem Maße vorstellen, selbst an derartigen Aktionen teilzunehmen. Sobald Protest nicht mehr öffentlich sichtbar wird, entfällt die aktivierende Wirkung. (2) In dem Maße, wie sich Aktionswochen entfalten, steigt die Zahl der daran beteiligten Bundesbürger. Der in der Antwortkategorie verzeichnete Anstieg der Aktionsbereitschaft spiegelt womöglich nichts anderes als diese vermehrte Teilnahme wider: Die bekundete Bereitschaft wird an vollzogenerem Handeln festgemacht, die eigene Orientierung darüber definiert. Die Antwortkategorie »bin aktives Mitglied der Friedensbewegung« vermag diese Entwicklung deshalb nicht abzudecken, weil es bei sozialen Bewegungen formale Mitgliedschaft im strengen Sinne nicht gibt. Allenfalls die regulären Mitglieder von Friedensinitiativen werden sich hierunter subsumieren.

Welche Deutung der Realität angemessener ist, können wir mangels entsprechender Daten über tatsächliche Partizipation hier nicht prüfen. Sicher ist jedoch: egal, wie man die Angaben interpretiert, die Zustimmung zur Friedensbewegung bleibt im Langzeitvergleich auch im Hinblick auf die *intensive* Zustimmung stabil. 7–8 % der Bundesbürger gaben im August 1983 an, sie würden die Bewegung aktiv unterstützen oder wären bereits ein aktives Mitglied. 7–8 % sind es auch zur Zeit unserer letzten verfügbaren Erhebungsperiode im November 1984. Es ist die Zeit, die sich durch eine – von den Organisatoren unerwartete – niedrige Beteiligung auszeichnet. Dies spricht für unsere Deutung, die Breite der Teilnahme an Aktionen nicht mit dem Unterstützungspotential gleichzuset-

33 Unveröffentlichte Umfragen des EMNID Instituts für das Bundesministerium der Verteidigung

34 Eine Zusammenstellung der Umfragen zur Teilnahmebereitschaft und Identifikation mit der Friedensbewegung findet sich in: K.H. Reuband: Sicherheitspolitischer Konsens, (Anm. 14), *ders.*: Demoskopische Verwirrungen (Anm. 20), S. 77, Umrechnung der dortigen Zahl für Demonstrationsteilnahme auf die Bevölkerung.

35 Die Zahl von einem Drittel läßt sich sowohl aus Angaben der Friedensbewegung als auch unabhängigen Schätzungen des INFAS-Instituts bestimmen. Zur Volksbefragungskampagne, dem Handlungspotential und die Einschätzung der Teilnahmequote vgl. K.H. Reuband: Volksbefragungskampagne (Anm. 25).

36 Bezieht man breitere Zeiträume – seit 1981 – mit ein, so läßt sich eine steigende positive Bewertung der Friedensbewegung nachweisen. Vgl. SINUS: Bündnispolitik (Anm. 27). Das läßt erwarten, daß die Steigerung des Protests zu Beginn der 80er Jahre nicht allein das Ergebnis besserer Mobilisierung, sondern auch einer gewandelten Einstellung zur Frie-

densbewegung ist. Zu einer Bestandsaufnahme verschiedener Unterstützungssindikatoren vgl. auch K.H. Reuband: Sicherheitspolitischer Konsens (Anm. 14).

37 Intervieweffekte könnten im Sinne der Wünschbarkeit dann auftreten, wenn die Befragten auf Seiten des Interviewers eine Unterstützung der Friedensbewegung vermuten. Nach unveröffentlichten Umfragen des Verteidigungsministeriums liegt der von der Bevölkerung geschätzte Anteil für Unterstützung der Friedensbewegung im Juli/August 1983 im Schnitt bei 29 %. Die Chance, daß dem Interviewer eine derartige Einstellung zugerechnet wird, ist also gering. Und es ist auch kaum anzunehmen, daß durch die »Aktionswochen« bedingt aus dieser Minorität eine Majorität in der Wahrnehmung wird. Wäre ein Intervieweffekt wirksam, so müßte er zudem in erster Linie die Zahl der Befürworter der Friedensbewegung treffen, weniger die Zahl der Aktiven.

zen. Wenn weniger Menschen bei Demonstrationen und Veranstaltungen vertreten sind, muß das nicht heißen, die Bewegung hätte an Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Die posi-

tive Haltung zur Friedensbewegung ist, wie Untergliederungen von Umfragebefunden nach Untergruppen belegen, eine ziemlich universale Erscheinung.

Tabelle 4 Einstellung zur Friedensbewegung nach sozialen Merkmalen und Parteipräferenz im November 1984 (in Prozent)

	Finde ich gut	Finde ich schlecht	Ist mir egal, keine Angabe	(N)
INSGESAMT	47	20	33	= 100 (916)
GESCHLECHT				
Männer	47	23	30	= 100 (428)
Frauen	47	17	35	= 100 (488)
BILDUNG				
Volksschule ohne Lehre	31	20	49	= 100 (261)
Volksschule mit Lehre	42	24	35	= 100 (285)
Mittlere Bildung	63	18	18	= 100 (257)
Abitur	63	14	24	= 100 (112)
ALTER				
14 - 29 Jahre	55	19	26	= 100 (256)
30 - 44 Jahre	50	20	30	= 100 (219)
45 - 59 Jahre	49	16	35	= 100 (215)
60 Jahre und älter	34	25	41	= 100 (227)
PARTEIPRÄFERENZ				
CDU/CSU	42	22	37	= 100 (353)
SPD	48	18	35	= 100 (290)
F.D.P.	40	31	28	= 100 (38)
Grüne	76	17	7	= 100 (88)

Frageformulierung: »Um die Friedensbewegung ist es still geworden, ihre Aktionen sind zahlenmäßig erheblich kleiner geworden. Wie stehen Sie heute zur Friedensbewegung? Finden Sie sie gut - finden Sie sie eher schlecht - oder ist sie Ihnen egal?« Basis: Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlin ab 14 Jahre. EM-NID Institut, 8.11.-18.11.1984. Quelle: Umfrage für die Sendereihe des WDR, III. Programm, »Thema des Monats«; Unveröffentlichte Tabellen.

In allen Bildungs- und Altersgruppen, bei Männern wie Frauen und selbst bei den Anhängern der Regierungskoalition erachten mehr Befragte die Bewegung für gut als für schlecht (Tabelle 4). Die Akzente variieren zwar, das Grundmuster bleibt das gleiche. Betrachtet man den Überhang an Sympathie für die Friedensbewegung - indem man die entsprechenden Werte in den einzelnen Kategorien für »finde ich gut« und »finde ich schlecht« subtrahiert -, so zeichnet sich überproportionale Befürwortung der Friedensbewegung vor allem mit steigender Bildung ab. Unter den Volksschülern ohne Lehre findet man die Anhänger um 11 Prozentpunkte häufiger als die Gegner der Friedensbewegung; unter den Befragten mit Abitur macht diese Differenz 49 Prozentpunkte aus. Die Altersvariable ist weniger eindeutig, allenfalls wenn man die über und die unter 60jährigen miteinander vergleicht. Überproportional stark sind auch Frauen Anhänger der Bewegung und - unter den Wählern der verschiedenen Parteien - erwartungsgemäß die »Grünen«. Diese beobachteten Variationen dürften nur zum Teil durch die eigene Einstellung zur Stationierung mitbestimmt sein: zum Teil kommen zusätzlich die Einstellungen zu sozialen Bewegungen allgemein und ihren Protestformen mit ins Spiel. Besser Gebildete und Jüngere neigen eher zur Akzeptanz unkonventioneller Formen politischer Beteiligung.³⁸

Wichtig für die Einschätzung des Stellenwertes der Friedensbewegung in der Bevölkerung ist hier vor allem, daß - anders als oft vermutet - von einer sozialstrukturellen Determina-

tion, die in bestimmten sozialen Kategorien Mehrheits- und in anderen Minderheitsverhältnisse bewirken, nicht gesprochen werden kann. Das Nachrüstungsthema hat keine traditionellen Konfliktlinien überlagert. Charakteristisch ist vielmehr, wie sehr es quer dazu steht. Die Beurteilung der Friedensbewegung ist weder Teil eines - mehr oder minder manifesten - Generationskonflikts noch ein Teil schichtspezifischer Ausdifferenzierungen und Spannungen. Bemerkenswert ist weiterhin, daß sich selbst unter den CDU/CSU-Wählern die Friedensbewegung auf breite Sympathie stützen kann. Mögen auch die Grünen weitaus stärker der Friedensbewegung anhängen - weil sie zahlenmäßig nur sehr klein sind, können sie unter den Anhängern der Friedensbewegung nicht die Mehrheit stellen. Die Größe des CDU/CSU-Wählerpotentials kompensiert somit in gewissem Ausmaß die bei ihr schwächere Akzeptanz der Friedensbewegung. Würde man sich auf die Anhänger der Friedensbewegung mit verbalisierender Parteipräferenz beschränken, so kommt man im November 1984 bei ihnen auf einen Anteil von 40 % CDU-Anhänger, 38 % SPD-Anhänger, 4 % FDP-Anhänger und 18 % Anhänger der Grünen (errechnet nach Tabelle 4). Die Anhängerschaft der Friedensbewegung ist damit parteipolitisch heterogener als in öffentlichen Deutungen gewöhnlich unterstellt wird. Das gilt auch dann, wenn man sich stärker auf den engeren Kreis der Unterstützer bezieht.³⁹

38 Vgl. S. Barnes, M. Kaase et al.: Political Action (Anm. 7). Vgl. K.H. Reuband: Politisches Selbstverständnis und Wertorientierungen von Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 16, 1985, S. 36

39 Die Anhänger der Friedensbewegung repräsentieren alles andere als ein Umsturzpotential (so z. B. die Deutung der WELT vom 20.9.83; S. 2) das abweichende politische Orientierungen und Werte vertreten. Im Gegenteil scheinen sie auf der Ebene bekundeter Orientierungen die offiziellen Werte - wie Freiheit, Menschenrechte, Weltfrieden - in besonders ausgeprägter Form zu repräsentieren. Siehe K.H. Reuband: Selbstverständnis (Anm. 38), S. 37 ff.

5. Schlußbemerkungen

Welche Entwicklung eine Bewegung nimmt, hängt von den Ressourcen ab, die ihr zur Verfügung stehen. Es sind nicht notwendigerweise materielle Ressourcen, sondern ebenso immaterielle – bestimmte Kompetenzen ihrer Mitglieder, organisatorische Verbindungen und nicht zuletzt die verfügbare Rekrutierungsbasis⁴⁰: Je mehr Personen für das eigene Ziel aktiviert werden können – als Teilnehmer an Aktionen oder als bloße Sympathisanten –, desto größer die Einflußchance auf das politische und gesellschaftliche Leben. Im vorliegenden Beitrag haben wir versucht, diesen Aspekt sozialer Bewegungen näher zu untersuchen. Das Bild, das sich darbietet, ist anders als es viele oberflächliche Betrachtungen zunächst nahelegen: Die soziale Unterstützung der Friedensbewegung in der Bevölkerung ist auf der Einstellungsebene keineswegs geschwunden. Die Nachrüstung wird zwar weniger dramatisch in ihren Konsequenzen eingeschätzt als noch vor Stationierungsbeginn, aber die eigene Haltung dazu hat sich nicht prinzipiell verändert. Die Zahl der Nachrüstungsgegner ist – zumindest weit in das Jahr 1984 hinein – ziemlich gleich geblieben, die Zahl der Befürworter der Friedensbewegung hat sich gehalten. Kaum jemand glaubte zudem vor Stationierungsbeginn, die Aufstellung neuer Raketen aufhalten zu können.⁴¹ Die Stationierung muß aus dieser Sicht nicht unerwartet gekommen sein, doch sie stellt gleichwohl für viele eine Enttäuschung dar, die der kognitiven Bewältigung bedarf, um nicht in Apathie umzuschlagen.

Die weitere Entwicklung der Bewegung auf der Ebene der Anhängerschaft ist schwer einzuschätzen. Die verfügbare Zeitreihe deckt zwar die Periode vor und kurz nach Stationierungsbeginn gut ab, die Periode danach – vor allem, was die neuere Zeit angeht – höchst unvollständig und bruchstückhaft. Gemessen an den Erwartungen von Stationierungsbeginn sind viele der hauptsächlich befürchteten Folgen – wie die rapide Verschlechterung des Verhältnisses Bundesrepublik-DDR – ausgeblieben. So wie die Kluft zwischen Erwartung und Realität im Rahmen der Aktionswochen im Herbst 1983 zugunsten der Friedensbewegung ausfiel⁴², könnte diese Kluft langfristig zu ihren Lasten gehen. Zudem ist die Situation, in der es darum geht, vermeintliche Bedrohung abzuwehren, etwas anderes als eine Situation, in der neue Realitäten geschaffen worden sind. Die Raketen, einmal stationiert, erscheinen nun weniger konkret. Auch die Wiederbewaffnung der Bundeswehr hat, obwohl zunächst mehrheitlich in der Bevölkerung verneint, schließlich zur Akzeptanz der Bundeswehr geführt. Die Entwicklung kann sich, muß sich aber nicht wiederholen (zumaß spezifische außenpolitische Ereig-

nisse, wie der Ungarn-Aufstand, die damalige Entwicklung mit begünstigten).

Folgt man einer amerikanischen Untersuchung über Protestverhalten gegenüber Rassendiskriminierung, so gelingt einer Protestbewegung immer dann ein neuer Schub in der Mobilisierung, wenn neue Formen des Protests eingeführt und als effektiv eingeschätzt werden. Die alten Handlungsformen haben sich gewissermaßen »verschliffen«, die Grenzen ihrer Wirkung deutlich gemacht.⁴³ Wenn dies zuträfe, dann wäre die erneute Ausweitung des Protests unter veränderten Rahmenbedingungen und Anlässen nicht ausgeschlossen. Derzeit ist die Relevanz der Nachrüstungsgegnerschaft mehr auf die Einstellungsebene beschränkt und dabei langfristig womöglich nicht weniger bedeutsam: Die Einstellung zur Nachrüstung setzt einen Bezugsrahmen, vor dessen Hintergrund außen- und sicherheitspolitische Ereignisse gedeutet werden. Das mag sich eines Tages im Wahlverhalten niederschlagen, aber auch in den Einstellungen zur Sicherheits- und Außenpolitik. Und Veränderungen scheinen sich in der Tat zu ereignen: Eine gewisse Erosion traditioneller bundespolitischer Orientierungen ist – wenn auch erst in Ansätzen – unverkennbar. Sie betrifft die Erwachsenen ebenso wie die Jugendlichen; nicht zuletzt auch jene, die eines Tages als Rekruten eingezogen und das innerorganisatorische Klima der Bundeswehr mitbestimmen werden.⁴⁴

40 Zur Theorie sozialer Bewegungen und der Bedeutung sozialer Ressourcen vgl. den Überblick bei J.G. Jenkins: Sociopolitical movements, in: S.L. Long, Hg., The handbook of political behavior, Bd. 4, New York und London 1981, S. 81 – 153. R.H. Turner: Collective behavior and resource mobilization as approaches to social movements: issues and continuities, in: L. Kriesberg, Hg., Research in social movements, conflicts and change, Bd. 4, Greenwich, Ct. 1981, S. 1 – 24

41 DER STERN vom 20.10.83, S. 7.

42 Erwartet wurden vor Beginn der »Herbstaktionen« 1983 Gewalttätigkeiten. Daß diese ausblieben, führte zu einer stärkeren Tolerierung von Protest vor allem unter den Nachrüstungsbeifürwortern. Vgl. K.H. Reuband: Die Friedensbewegung (Anm. 7), S. 22 f.

43 D. McAdam: Tactical innovation and the pace of insurgency, in: American Sociological Review, 48, 1983, S. 735 ff. Allerdings haben diese »Innovationen« auch ihre Grenzen. Sie setzen das Weiterbestehen eines empfundenen Problemdrucks voraus. Und sie sind wohl auch nicht beliebig erweiterbar. Daß man nicht permanent neuen Aktionsformen nachrennen könne, wird innerhalb der Friedensbewegung so denn auch von manchen ihrer Vertreter verneint thematisiert.

44 Vgl. E. Noelle-Neumann: Lehrstück (Anm. 23). Eine längerfristige Zusammenstellung von Trends bei K.H. Reuband: Sicherheitspolitischer Konsens (Anm. 14). Nach unveröffentlichten Umfragen des SINUS-Instituts für das Verteidigungsministerium identifizieren sich 1984 von den männlichen Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren rund zwei Drittel mit der Friedensbewegung. (Die Erfassung der Einstellung erfolgte dabei etwas anders als in der von uns dokumentierten Umfrage. Auch Meinungslose und Gleichgültige wurden zur Bekundung von Sympathie oder Antipathie aufgefordert). Das positive Image der Friedensbewegung hat auch nach Stationierungsbeginn, wie der Vergleich mit Daten von 1983 belegt, nichts an Bedeutung verloren.